Ein Appell von 200 Europäerinnen und Europäern

Solidarität mit dem linken französischen Nein

Der nachstehende Aufruf wurde von der französischen Koalition für ein Nein zur EU-Verfassung lanciert. Er wird von den europäischen Kräften getragen, die damit dokumentieren, dass die Gegner der EU-Verfassung in Frankreich nicht allein stehen. Die Ablehnung der Verfassung und die Forderung nach einem Volksentscheid in allen EU-Ländern reicht weit über Frankreich hinaus.

Der Prozess der Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrags in den 25 Mitgliedsländern leidet unter einem erschreckenden Mangel an Diskussion, an Demokratie und untersagt es einer großen Zahl an europäischen Bürgerinnen und Bürgern, ihre Meinung in einer Abstimmung zum Ausdruck zu bringen.

Angesichts dieser liberalen Verfassung, die uns von oben aufgezwungen wird, gibt es überall in Europa immer mehr Kritik, Proteste und Suche nach Alternativen.

Damit Europa einen anderen Weg einschlagen kann, den der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität, der individuellen Rechte, der Aktion für den Frieden und für einen neues Entwicklungsmodell, haben wir die große Hoffnung, dass das linke französische nein anlässlich des Referendums am 29. Mai die Mehrheit erringen wird.

– In der Folge des »Appells der 200«, der in Frankreich die Entwicklung einer einheitlichen Kampagne und eine sehr starke Dynamik gefördert hat, lancieren wir einen Appell von 200 Europäern.

– In Solidarität mit dem linken französischen Nein.

– Um in ganz Europa die notwendige Mobilisierung gegen diese Verfassung zu fördern.

Eine Mehrheit für ein linkes Nein mit einer starken antiliberalen Komponente am 29. Mai in Frankreich, würde eine Chance, eine Hoffnung für ganz Europa darstellen.

– Es wäre eine große Unterstützung für die ständig notwendigen Mobilisierungen der Bürgerinnen und Bürger der Union. Es würde das derzeit für Arbeitswelt und Kultur, für die Mehrheit der Bevölkerung ungünstige Kräfteverhältnis zum Positiven verändern. Die Neuverhandlungen müssten diese Realitäten berücksichtigen.

– Dieses »Nein« würde den Sorgen und Erwartungen aller europäischen Völker entgegenkommen, es würde bedeutende Energien freisetzen, die progressiven und antiliberalen Kräfte ermutigen, ihre Kämpfe und konkreten Forderungen in Verbindung mit der Kritik an dieser Verfassung zu entwickeln.

– Ein solches Nein würde ein Signal darstellen, würde die kritische Debatte in den Organisationen, Gewerkschaften, Bewegungen, Institutionen, Medien, in allen unseren Gesellschaften beflügeln. Wie in Frankreich bereits geschehen, würde eine tatsächliche Kenntnis dieser ausgesprochen neoliberalen Verfassung zu deren Ablehnung und zur Forderung nach einer neuen Orientierung des europäischen Aufbaus führen. So könnte eine konstruktive Debatte über den Sinn des europäischen Aufbaus aufkommen, was die einzige Art und Weise wäre, das Unbehagen zu überwinden, das sehr deutlich bei den letzten Europawahlen zum Ausdruck gekommen ist.

Wir teilen die Auffassung der Kräfte des linken Nein in Frankreich, dass dieser Verfassungsvertrag unannehmbar ist für alle, die

– ein *demokratisches Europa* wollen, da der Verfassungsvertrag ein regelrechtes politisches Programm enthält, nämlich das des Neoliberalismus. Da seiner Revision Bedingungen zugrunde gelegt werden, die eine solche praktisch unmöglich machen (vergleiche IV-443 im Vertrag). Da das demokratische Defizit bestehen und die Rolle des Parlaments und der Bürger sehr eingeschränkt bleibt (III-173; III-304; I-40; III 376/377).

– *ein soziales Europa* wollen, da die Gesamtheit des Textes auf der Vorschrift einen »Binnenmarkts mit freiem und unverfälschten Wettbewerb« (I-3; III-177/178) herzustellen beruht. Da politische Ziele wie die Preisstabilität (I-3; I-30; III-177 und 185) und der Stabilitätspakt (III-184) Verfassungsrang bekommen. Da eine Vielzahl von Artikeln Regeln einsetzen, die Standortverlagerungen (III-144), Liberalisierung der Dienstleistungen (III-148), Ausdehnung des Wettbewerbsprinzips auf die ganze Union (III-151/6b) begünstigen. Da diese Verfassung die öffentlichen Dienstleistungen verurteilt und sie nicht mehr, wie noch im Vertrag von Nizza, in den Artikel über die gemeinsamen »Werte« (I-2) aufnimmt, sondern nur noch das eingeschränkte Konzept der »Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse« gelten lässt.

– *ein rechtsstaatliches Europa* wollen, da die in der Charta der Grundrechte (Teil II) erklärten Rechte unzureichend sind oder eingeschränkt werden (»das Recht zu arbeiten« anstelle des »Rechts auf Arbeit«, II-75; das Recht auf eine »soziale Unterstützung« anstelle eines Rechts auf Einkommen, II-94/3), da die Charta kein europäisches Sozialrecht schafft, das geeignet wäre, das Recht des Wettbewerbs aufzuwiegen, und die Umsetzung dieser Rechte zudem noch von den »einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten« abhängig gemacht wird. Weil die Sozialpolitik, die durch europäische Rahmengesetze erlassen werden könnte, »anerkannte Befugnisse« der Mitgliedstaaten nicht berührt und dadurch jede soziale Harmonisierung untergraben wird (III-210). Weil die patriarchalische und liberale Orientierung des Vertrags negative Auswirkungen auf die Rechte der Frauen hat, insbesondere das auf Abtreibung.

– *ein friedliches Europa wollen, das in Brüderlichkeit mit allen Völkern der Welt lebt und sich für eine andere Welt einsetzt*, da der Vertrag die europäische Verfassung an die NATO bindet (I-41/7), die Länder zur Militarisierung und zur Entwicklung ihrer Rüstungskapazitäten verpflichtet (I-41), nicht die Anerkennung der UNO-Charta integriert, die Europäische Union auf die weitere Liberalisierung des Welthandels festlegt (III-314).

Das linke französische Nein wird unser Nein sein!

Damit ein anderes Europa möglich wird.

Kontakt: Elisabeth Gauthier *elgauthi@internatif.org*
Michel Rousseau *rousseau@ras.eu.org*

(Aus: SoZ Nr. 6, Juni 2005)

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · **www.soz-plus.de**

Ich bestelle eine

- ❑ kostenlose **Probeausgabe**
- ❑ **Probeabo** (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)

Name **Anschrift**

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesellschaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirklichung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ